



Staatssekretärin Bärbel Kofler vom Bundesentwicklungsministerium (links) bei ihrem Impulsreferat. An der Diskussion nahmen ferner teil (im Uhrzeigersinn): Jürgen Bergmann von Mission Eine Welt als Moderator, Anosha Wahidi vom Entwicklungsministerium, DVSI-Geschäftsführer Ulrich Brobeil, Tobias Holle von „Fridays for Future“, FTO-Vorstandsmitglied Maik Pflaum und Axel Gottstein von Sigikid. Screenshots: Ulrike Pilz-Dertwinkel

Digitales Podium „Toy Fair – Fair Toys“

Lieferkettengesetz ist ein wichtiger Schritt

Zu Beginn des Jahres ist das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz in Kraft getreten. Über dessen Auswirkungen in Richtung umwelt- und sozialverträglicher Spielzeugproduktion diskutierten am Eröffnungstag der pandemiebedingt in den virtuellen Raum verlagerten Nürnberger Spielwarenmesse ebenfalls online Vertreter aus Politik, Zivilgesellschaft und der Spielwarenbranche. Von einem Meilenstein wurde gesprochen, einem Schritt in die richtige Richtung. Vor allem müssten die Unternehmer überzeugt werden, dass Gewinnmaximierung nicht die oberste Messlatte sein dürfe.

Für Bärbel Kofler bedeutet das Gesetz einen Paradigmenwechsel, weil die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards sowie fairer Arbeitsbedingungen nicht mehr freiwillig sei, sondern nun generell eingefordert würde. Um zu verhindern, dass unter schädlichen Bedingungen hergestellte Artikel in den Handel gelangten, müsse man bei der Produktion anfangen, so die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Sie glaubt an eine Signalwirkung des Gesetzes, zeigt sich von dem gesellschaftlichen Mehrwert für Unternehmen überzeugt. Für die vor eineinhalb Jahren in Nürnberg als Multi-Stakeholder-Initiative gegründete Fair Toys

Organisation (FTO) findet die SPD-Politikerin lobende Worte, da sie die Einhaltung fairer Arbeitsbedingungen, existenzsichernder Löhne und ökologischer Grundsätze in der Spielwarenproduktion voranbringe.

„Wir betrachten die gesamte Lieferkette“, sagt Anosha Wahidi vom BMZ. Verpflichtet werden ab 2023 Unternehmen mit mehr als 3000 Beschäftigten, ab 2024 mit über 1000 Mitarbeitern. Als Kernelemente nennt sie eine Grundsatzerklärung zu Menschenrechten und Ökologie, Risikoanalyse und öffentlicher Berichterstattung, verweist auch auf Überprüfungsbefugnisse der Behörde. Bei Verstößen seien hohe Bußgelder vorgesehen.

„Vieles in Bewegung“

„Die Lieferkette muss sicherer werden“, stellt Ulrich Brobeil fest. Es sei aber schon viel in Bewegung in der sensiblen Branche, die für Kinder arbeite, so der Geschäftsführer des Deutschen Verbands der Spielwarenindustrie e.V. (DVSI). Der FTO bescheinigt er gute Vorarbeit, sieht „interessierte Firmen in der Warteschlange für eine Mitgliedschaft“.

Axel Gottstein, Leiter des Familienunternehmens Sigikid aus Mistelbach bei Bayreuth und FTO-Gründungsmitglied, erkennt für sein Unternehmen keine Änderung durch das Gesetz; das Thema habe man „schon immer auf der Rille“ gehabt. Er sieht

die Spielwarenindustrie „nicht schlecht aufgestellt.“ Doch komme es auf die innere Überzeugung eines Unternehmers an, die sich nicht per Gesetz erzwingen lasse, gibt Gottstein zu bedenken. Er kritisiert, dass es auf die größeren Firmen abzielt; doch diese seien schon aktiv. Probleme machten die kleineren, „die ficht das Gesetz nicht an“.

Das Gesetz, glaubt Maik Pflaum von der Christlichen Initiative Romero (CIR), unterstützt die Arbeit der FTO. Von Wind unter den Flügeln der jungen Organisation spricht das FTO-Vorstandsmitglied. Pflaum sieht die Ansicht bestätigt: weg von Auditgläubigkeit hin zur Auftraggeber-Verantwortung. Die FTO, die auf Risikoanalyse, Schulungen, Transparenz und Glaubwürdigkeit setzt, fülle die Anforderungen des Gesetzes mit Leben. Bezüglich Menschenrechten sei entscheidend, dass ein Unternehmer sein Möglichstes getan habe. Aber: „Keine Lieferkette ist zu 100 Prozent kontrollierbar.“

Tobias Holle von „Fridays for Future“, Teilnehmer der jüngsten Klimakonferenz in Glasgow, nennt das Gesetz einen kleinen Baustein, formuliert davon ausgehend weitere Ziele. Er kritisiert die „unglaublich bedrückende, von uns geschaffene“ Abhängigkeit der Länder des globalen Südens vom reichen Norden, verlangt Gegenmaßnahmen. Es brauche eine Veränderung der

Politik, sagt Holle. „Wenn wir eine gerechte und nachhaltige Welt wollen, müssen wir Macht abgeben und dem Süden mehr Spielraum zugestehen.“ Er verlangt mehr politischen Druck. Es müsse Verluste nach sich ziehen, wenn Unternehmen Menschenrechte nicht einhielten.

Auch Anosha Wahidi verweist auf die Notwendigkeit struktureller Veränderungen, ein Akteur könne diese aber nicht schaffen. Es brauche Zusammenwirken von Unternehmen, Gewerkschaften, Regierungen und Zivilgesellschaft. Gottstein sieht ebenfalls die Politik in der Pflicht. Brobeil lenkt den Blick auf den Endverbraucher. Laut einer Umfrage sei für diesen der günstige Preis das wichtigste Kriterium, Nachhaltigkeit sei weniger im Fokus. Solange es Unternehmern möglich sei, arme Länder gegeneinander auszuspielen, werde sich wenig bewegen, fürchtet Pflaum.

Auf die Frage von Moderator Jürgen Bergmann (Mission Eine Welt) nach den nächsten Schritten sagt Wahidi: das Gesetz umsetzen und die EU-Regelung voranbringen. Nicht nur gewinnorientiert arbeiten, sondern die Lebensbedingungen von Menschen beeinflussen, so Brobeil. Gottstein will mit Herzblut viele wirtschaftliche Akteure überzeugen. Die FTO weiter aufbauen, hat Pflaum vor und stellt klar: „Das Schlimmste wäre, nichts zu machen.“ **Ulrike Pilz-Dertwinkel**